

Schmeiß raus

Handfeste Attacken radikaler Studenten auf den Berliner Politologie-Professor Schwan beflügelten nicht nur die Gegner der Hochschulreform, sondern brachten auch linke Gruppen gegen die Saalstürmer auf.

Professor Alexander Schwan, Ordinarius am Otto-Suhr-Institut (Osi) der Freien Universität Berlin, hatte ein volles Haus. Im Hörsaal B des Osi-Domizils an der Dahlemer Ihne-Straße, wo sich sonst donnerstags nur rund zwei Dutzend Interessenten versammelten, drängten diesmal, am 24. Juni, an die hundert Gäste ins Schwan-Seminar über „Theorie und Praxis der Demokratisierung als Aufgabe einer emanzipatorischen Politik-Wissenschaft“.

An Theorie freilich war den Neulingen nicht gelegen. Sie reizte die Praxis: Sie bewarfen den Professor mit Farbeiern, malten „Schwan raus“ ans Fenster, „Schwan = Schwein“ an die Wand und packten den beschmutzten Gelehrten schließlich an Händen und Füßen, um ihr Go-in mit einem Schmeiß-raus zu vollenden.

Schwan-Gegner und Osi-Revolutzer Götz Aly verhinderte das Äußerste: Er überzeugte seine Genossen davon, daß der Sturz dieses Bourgeois aus dem Parterre-Fenster weder Freund noch Feind als Akt emanzipatorischer Politik-Wissenschaft „zu vermitteln“ sei.

Die Aktion der Hörsaalstürmer gegen den Politologen Schwan — vor vier Jahren noch einer der eifrigsten Hochschul-Erneuerer, mittlerweile für die radikale Linke jedoch „professioneller Konterrevolutionär“ (Studenten-Flugblatt) — traf West-Berlins Universitäts-Reformer um den FU-Präsidenten Rolf Kreibich in ihrer bisher kritischsten Situation seit Inkrafttreten des neuen Hochschulgesetzes im Jahr 1969: mitten in ihrem erbitterten Zweifrontenkrieg gegen Reformgegner innerhalb wie außerhalb der Universität.

Denn im Akademischen Senat der FU wie im Berliner Parlament, in den Fachbereichen der Universität wie in den politischen Parteien der Stadt gewinnen die Kritiker an Boden, wachsen die Zweifel an der Funktionsfähigkeit der neuen Hochschulordnung:

- ▷ Bereits im April erörterten die regierenden Sozialdemokraten, ob eine Novelle zum Hochschulgesetz notwendig sei.
- ▷ Ende Mai verließen 14 Hochschullehrer aus Protest gegen die angebliche Machtfülle des Universitätspräsidenten und die Pressionen der Roten Zellen (SPIEGEL 26/1971) den Akademischen Senat.
- ▷ Zwei Wochen später beantragte die oppositionelle CDU die Einsetzung

eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses gegen FU-Präsident Rolf Kreibich.

Reform-Gegnern und Reform-Skeptikern, die den Einfluß der Studenten an den Hochschulen zurückdrängen möchten und — wie etwa SPD-Genosse Alexander Schwan — Pläne für die Stärkung staatlicher und professoraler Autorität vorbereiten, kam zustatten, daß sich mit Beginn des Sommersemesters an der Dahlemer Alma mater eine Renaissance studentischer Pressions-Taktiken abzuzeichnen begann.

So schlossen Mitte Mai Mitglieder der Roten Zelle Anglistik (Rotzang) aus Protest gegen obligatorische Lehrveranstaltungen zur englischen Sprachgeschichte den Anglisten Bitterling in seinem Seminarraum ein. Mitte Juni besetzten Mitglieder der Roten Zelle Historiker (Rotzhist) aus Protest gegen Lücken im Lehrplan das Friedrich-Meinecke-Institut.

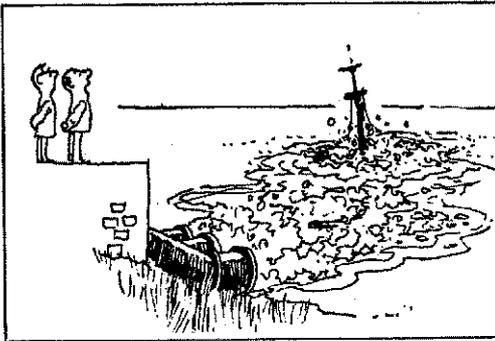
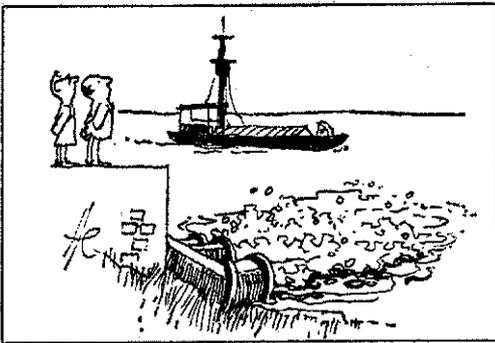
Ende Juni schließlich, mit dem Go-in bei Professor Schwan, schwappte diese neue Welle auf das Otto-Suhr-Institut über. Die Verantwortung dafür übernahmen diesmal nicht irgendwelche Roten Zellen, sondern die „Schweinejagd- und Lerneinheiten“ (Flugblatt-Text) der „Grundstudienorganisation“ (GSO) am Osi — ein Verband zumeist brachial-sozialistischer Gefühlsmaoisten aus den Anfangssemestern.

Alexander Schwan, Mit-Reformer aus den sechziger Jahren, bekam prompt Beifall von den Reformgegnern — vom „Bund Freiheit der Wissenschaft“; und die „Welt“ applaudierte: „Der Bund Freiheit der Wissenschaft zieht aus dieser Situation den Schluß, daß das zuerst am Otto-Suhr-Institut mit Zustimmung der Hochschullehrer begonnene Experiment ‚Drittelparität‘ gescheitert ist.“

Auch in der Front der Reformanhänger zeigen sich nun Risse. Pro-



Politologie-Professor Schwan  
Beworfen, beschmutzt, beschimpft



Hamburger Abendblatt

„Vielleicht sollten wir den Säuregehalt unserer Abwässer doch etwas herabsetzen, Herr Kollege!“

de NGW erst Anfang 1970 den Auftrag zum Bau spezieller Filteranlagen. In Betrieb genommen werden sie voraussichtlich erst im Oktober.

Schon vor fünf Jahren hatte die NGW nach Erörterungen im Stadtrat versprochen, ihren „Thyssen-Sprudel“ (Hamborner Jargon) hygienisch aufzubereiten. Aber erst am Montag vergangener Woche beschlossen die Ratsherren, „notfalls mit behördlichen und gerichtlichen Zwangsmaßnahmen“ Abhilfe zu schaffen. Die NGW habe ihre „Monopolstellung gegenüber den Hamborner Bürgern in übelster Weise mißbraucht“, rügte SPD-Stadtrat Anton Riederer.

Nach der DIN-Norm soll Trinkwasser „seiner Herkunft nach appetitlich sein und nach seiner äußeren Beschaffenheit zum Genuß anregen. Es soll daher farblos, klar, kühl, geruchlos und von gutem Geschmack sein“. Bei solchem Maßstab, empfahl SPD-Ratsherr Heinrich Hamacher, möge man in Hamborn „die Bezeichnung Wasser aus dem Sprachgebrauch streichen“.

Um statt „ekelerregendem Trinkwasser“ (Befund des Stadtrats) endlich appetitliches zu bekommen, gibt es für „eine kleine Gruppe von Fachleuten, Ingenieuren, Technikern und Arbeitern“ in Hamborn nur noch „zwei Möglichkeiten“. Entweder „die Wasserwerke am Rhein fliegen in die Luft“, drohten die Experten in einem anonymen Brief aus Zeitungsschnipseln, „oder einer der verantwortlichen Herren der Stadtverwaltung als Wasserbehörde muß daran glauben“.

## „Nicht einmal für Kühe zumutbar“

Ergebnisse einer Razzia in Gastarbeiter-Unterkünften

Um fünf Uhr morgens begann am Donnerstag vorletzter Woche im Regierungsbezirk Köln eine konzentrierte Aktion: Rund 300 Beamte der Gesundheits-, Bauaufsichts- und Ausländerbehörden sowie der Arbeitsämter und der Kripo überprüften 59 Gastarbeiterunterkünfte mit 800 Bewohnern. Nach der ersten Razzia dieser Art zog der Kölner Regierungspräsident Dr. Günter Heidecke „eine erschreckende Bilanz“:

Von 59 überprüften Unterkünften befanden sich rund 50 Prozent in einem katastrophalen Zustand: In Köln mußten 50 Menschen mit einem Toilettenbecken und einer Waschgelegenheit auskommen, die Folge davon war, daß sich die menschlichen Exkremamente in den Ecken häuften. Der Mietpreis — auf den Quadratmeter umgerechnet — entsprach dem einer Luxuswohnung.

In Troisdorf-Oberlar wohnen 38 griechische Familien in einem Gebäude einer ehemaligen Werkstatt... Auf den Fluren hängen die Stromzählerkästen lose herunter. In einem Teil der Räume befinden sich weder Licht-, Wasser- noch Kaminanschlüsse, die Wände und Decken sind gerissen, und die Tapete hängt infolge der Feuchtigkeit herunter.

Alle Zimmer sind unmöbliert und kosten bei einer Zimmerfläche zwischen zehn und 16 Quadratmeter 60 bis 120 Mark. Für jeweils fünf bis sechs Familien steht eine Toilette zur Verfügung. Das Dach ist undicht, so daß bei Regenfällen Wasser in die Wohnräume dringt. In den Kellern sind teilweise bis zu 1,50 Meter hoch die Abfallreste aufgeschichtet.

In zwei ehemaligen Kühlwagen sind in Sindorf im Kreis Bergheim zwölf marokkanische Gastarbeiter zu je sechs Personen untergebracht. Statt der gesetzlichen Mindestforderung von 60 Kubikmeter Luftraum stehen den Ausländern nur die Hälfte, nämlich 30,4 Kubikmeter, zur Verfügung. Ein Beamter der Ordnungsbehörde äußerte dazu: Nicht einmal Kühen ist ein Transport in diesen Wagen zumutbar. Den zwölf marokkanischen Gästen steht eine Toilette zur Verfügung, die etwa 50 Meter von der Unterkunft installiert ist.

Ein Vermieter in Oberaussem hat 31 Wohnstellen an ausländische Gastarbeiter für einen Preis von je 70 Mark vermietet. Selbst der Dachboden ist hierbei ausgenutzt worden.

In einem ehemaligen Bauernhaus in Oberaussem sind sechs Ausländer

in zwei Räumen auf dem Dachboden wohnhaft. Die Miete beträgt pro Person 48 Mark. Die Beheizung der Räume erfolgt mittels eines Ofens, von dem aus ein vier Meter langes Ofenrohr durch die Räume zum Kamin führt. Das Ofenrohr ist in der Mitte durch einen Schrank, eine Konservenbüchse und einen Männerschuh abgestützt.

In der Luxemburger Straße in Köln wurde eine Ausländerunterkunft überprüft. Hier benutzen 40 Personen eine Toilette. Der Vermieter erzielt für ein Vierbettzimmer von etwa 20—50 Quadratmetern einen Mietpreis von 480 Mark. In der Thumbstraße ist eine fünfköpfige italienische Familie in einer zirka 22 Quadratmeter großen Küche untergebracht. Der Mietpreis beträgt 107 Mark.

In der Kyffhäuserstraße wird ein Altbau von 17 ausländischen Familien bewohnt. Haus und Zimmer befinden sich in einem denkbar schlechten Zustand. Die Fensterscheiben sind durch Hartpappe ersetzt. Der Putz fällt in einigen Räumen von den Decken, und in einem Schlafzimmer hängt der Fenstersturz herunter.

Die elektrischen Leitungen hängen oder liegen frei herum, und selbst ein Gasometer wird nur von einer Leitung gehalten. Der Mietpreis für eine Zweizimmerwohnung beträgt 200 Mark, für eine Dreizimmerwohnung 350 Mark, für das abbruchreife Gebäude eine monatliche Rendite von zirka 4000 Mark.

Im Rhein-Sieg-Kreis sowie im Kreis Bergheim konnte festgestellt werden, daß es verschiedene Vermieter darauf angelegt hatten, nur illegal eingereiste Gastarbeiter aufzunehmen, um sie entsprechend finanziell ausbeuten zu können.

Fünf Firmen wurden in Köln ermittelt, die im dringenden Verdacht stehen, illegale Arbeitskräfte anzuwerben und an Baufirmen zu vermieten. Gegen die gleichen Firmen besteht der dringende Verdacht der Abgabenhinterziehung.

Bei der Aktion... wurden zwei Häuser im Beisein des zuständigen Regierungsmedizinaldirektors in Augenschein genommen. Der Arzt bezeichnete diese beiden Unterkünfte als menschenunwürdig.

Das Ergebnis der Überprüfung macht deutlich, daß die ausländischen Arbeiter in ganz erheblichem Maße ausgenutzt und ausgebeutet werden.

fessoren wie Hartmut Jäckel und Ossip K. Flechtheim, die sich gemeinsam mit Gesinnungsfreunden zur Gruppe der „Reformsozialisten“ zusammengeschlossen haben, stellten gemeinsam mit 13 weiteren Professoren ihre Lehrtätigkeit bis zum Semesterende ein und erwägen zudem den Auszug aus dem Osi-Fachbereich „Politische Wissenschaft“.

Die etablierte marxistische Linke, von jüngeren Lehrern wie Elmar Altvater oder Johannes Agnoli repräsentiert, zeigte sich zum erstenmal geneigt, offene Kritik an ihren radikaleren Genossen zu üben. Altvater: Kampf gegen bürgerliche Wissenschaft bedeute nicht physischen Kampf gegen bürgerliche Lehrer.

Ob freilich Altvaters Rat bei den jungen Osi-Studenten Einsicht bewirkt, ob die eifernden Jungsemester dem Erhalt des Osi zuliebe künftig auf „Schweinejagden“ verzichten werden, ist ungewiß. Denn vielen der Polit-Ele-



Parole an Osi-Fenster  
Schweinejagd mit Farbeiern

ven ist auch der Marxist Altvater nicht radikal genug.

Sie kritisieren den nach ihrer Ansicht geringen Praxis-Bezug seiner Lehrveranstaltungen und schrieben ihm wie seinesgleichen an die Osi-Tür: „Kampf den Marx-Pfaffen!“ Auch die Altvater-Empfehlung, wenigstens die Methoden der „bürgerlichen Wissenschaft“ zur Kenntnis zu nehmen, schlugen sie bislang in den Wind: „Bürgerliche“ Lehrer besuchen sie einfach nicht.

Professor Hans-Hermann Hartwich, Reform-Politologe, Sozialist und Vorsitzender des Fachbereichs Politische Wissenschaft, ist gleichwohl noch Optimist. Er führt die Unruhe der Studien-Anfänger auf die Überfüllung des Osi durch mittlerweile rund 2000 Politologen zurück (Kapazität: 450), aber auch auf den Zulauf „von frustrierten Leuten aus den noch nicht reformierten westdeutschen Universitäten und Oberschulen“.

Hartwich, hoffnungsvoll: „Auch diese Studenten werden noch begreifen, daß es momentan nicht auf Expansion, sondern auf Verteidigung gegen die Reaktion ankommt.“